

Volksblatt

Tageszeitung

Vereinigte Sozialdemokratische Partei für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Auf dem Wege zur Hungerkatastrophe.

Interpellation der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Berlin, 15. November. (Sonderbeilage.)

„Herr Vorredner“ hat die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag eine Interpellation eingebracht, in der es heißt:

Die hemmungslos fortschreitende Verrüttung der Finanzen des Reiches, der Länder und der Kommunen und der daraus folgende Mährungsverfall haben zu einer Steigerung in der Produktion, zu einer Anstauung in der Preisbildung und zu einer Unterbegleichung der Arbeitskräfte geführt, die eine Hungerkatastrophe in gefährliche Nähe rückt. Die Interpellation richtet deshalb an die Regierung die Fragen:

Wie ist der augenblickliche Stand der Reichsfinanzen? Wie gestaltet sich voraussichtlich der Etat in den nächsten Monaten, in welchem Grad gedeckt? Welche Maßnahmen hat die Regierung zur Beseitigung des Defizits ins Auge gefaßt? Stehen die zu treffenden Mährungsmaßnahmen fest, insbesondere auch die Einführung der Kapitalmarkt in eine werblichende Anleihe oder in ein werblichendes Zahlungsmittel? Ist fernerhin, daß die Reichsfinanzverwaltung die Mährungsverhältnisse auf Goldmarkt gewahrt? Wer trägt die Verantwortung für die Verzögerung der Goldanleihe? Welche Maßnahmen teilt die Regierung zu ergreifen, um die durch die vergrößerte Zuteilung von Goldanleihe entfallenden Privatgewinne für das Reich zu beschlagnahmen?

Nach einer heute vorliegenden Volksweltung wird der Reichstag am kommenden Dienstag auf Beschluß des Reichspräsidenten zusammengetreten. Die Verhandlung der sozialdemokratischen Interpellation muß also in der nächsten Woche durch den Reichsminister oder den Reichsfinanzminister erfolgen. Wie wird die Antwort lauten? Wir glauben, sie schon heute geben zu können. Herr Stresemann wird sich wieder auf den bösen Willen Polincares berufen und die Militärs seines Freundes Cavallotti ein in den beiden Mantelfalten des Reiches verbergen. Es dürfte ja zur Genüge bekannt sein, daß der Reichsfinanzpräsident der Reichsfinanzverwaltung während des Ausnahmestandes gewesen ist, die die Reichsfinanzminister in ein Nichts aufgelöst hat. Diese Reichsfinanzpolitik wird heute — wenn auch in beschämenderer Manier — fortgesetzt. Goldanleihe, die in der Reichsfinanzverwaltung schon seit Monaten Gebrauch sind, kennt Herr Cavallotti immer noch nicht. Seine schwache Entschlossenheit reicht zur Einführung der Reichsfinanzverwaltung auf Goldbasis nicht aus. Auch an der Lebensversicherung mit Goldanleihe gerät er alle, nur gegen Betriebsbeihilfe stramme Herr Stresemann gerettet Maß von Schuld.

Als Stresemann die große Kreditlinie bildete, versprach er der Sozialdemokratie den Sturz Cavallottis. Als Cavallotti nicht gefügt wurde, wußte er die ungewünschten Maßnahmen mit der Verweigerung, Cavallotti würde gefügt, sobald der Nachfolger gefunden sei. Dieser Nachfolger ist aber bis heute nicht gefunden. Es scheint, daß ganz Deutschland seinen Finanzmann vom Hofen aufzuweisen hat. Dasselbe Deutschland, das seinen größten Helfen alle Rubenoff hat.

Inzwischen sieht die Reichsregierung tatlos zu, wie die Reichsbankhalter an gut spekulierende Industrielle veräußert werden, wie das Reich seiner letzten Hilfsmittel verlustig geht und die Ausgaben dieser Bankhalter täglich stärker, täglich selbständiger werden und schließlich mehr auf das schwache Reich und seine ohnmächtige Staatskasse weifen.

An der Entloftung zum industriellen Marktverkehrum aber hat Cavallotti ein hohes Maß von Schuld. Und trotzdem sieht derselbe Mann immer noch in Amt und Würden und über durch seine verdächtige Kreditpolitik einen unheilvollen Einfluß auf die Interessen der arbeitenden Bevölkerung aus.

Die Erörterung der sozialdemokratischen Interpellation wird sich darum in erster Linie um die Befreiung eines Mannes zu drehen haben, dem das Bewußtsein fehlt, daß jede Deflation ihren Sinn verliert, wenn sie nicht im Interesse der Gesellschaft ausgeübt wird und daß der Staat und seine Institutionen, und dazu gehört auch die Reichsbank — die oberste Pflicht haben, das Interesse der Gesellschaft gegen die Auswüchse einer sich selbst übersteigenden Spekulation zu wahren.

Um die Aufstellung des Reichsetats in Goldmark.

Berlin, 15. November. (Sonderbeilage.)

Der finanzpolitische Ausschuss des vorläufigen Reichsrichters hat erstere gestern die Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen beim Inkrafttreten einer stabilisierten Währung ein in sich balancierter Etat in Goldmark aufgestellt werden könne. Der Ausschuss gelangte zu dem Ergebnis, daß es eine sehr schwierige Aufgabe sei, einen in sich balancierten Etat schon jetzt in Goldmark aufzustellen. Der Berichterstatter Dr. Luch hat darauf hingewiesen, daß neuerdings im Finanzministerium ein Lebensgesetz für die Zeit vom 15. November bis 31. März 1923 aufgestellt worden sei. Nach seiner Ansicht sei ein Balancieren des Etats für diese Lebenszeit nicht gewählter, weil er später sehr ungewiß sei, wenn nicht die Ausgaben durch größte Sparanstrengung auf das äußerste Maß zurückgeführt werde.

wichtige Bedeutung habe. Die Gegenpartei brachte den Einwand, daß Sonntag der Vertreter der „Berliner Abend“ in Kopenhagen, nicht so lange hier bleiben könne und fort müsse. Rubenoff sagte, er habe noch sehr viel zu sagen, die Berechnung könne überhaupt nicht fortgesetzt werden. Dann wurde von Rubenoff und Rubenoff Anfang nächster Woche zurückgehen; die Gegenpartei tue dagegen. Und zum Ende des Tages: „In einer Zeit solcher politischen Spannung hat es eigentlich gar keinen Zweck, sich um den Termin herumzuputzen. Wir wissen ja gar nicht, ob nicht Ereignisse eintreten, durch die dieser Termin überhaupt gegenstandslos wird. Schon die nächsten Stunden können eine völlige Veränderung der jetzigen Verhältnisse bringen.“ (Das hat Rubenoff in Gegenwart eines ausüblichen Redakteurs gesagt.) Rubenoff hat den Ausführungen Desjovits' lebhaft zugestimmt. Zeit etwa 1 1/2 Uhr. Alle Beratungen müssen also vor Donnerstag früh fertig gewesen sein!

Skandal über Skandal.

„Ehrenwort“ Ludendorff gelobt weiter zu pfeifen. • Erhält der Hochverräter auch noch seine Offizierspenken? •

München, 15. November. (Sonderbeilage.)

Hier ist wieder, Ende eingetreten. Während vorhin noch mancher Opfer der Strafe vor der Kamera zur Schau gebracht wurde, bei der Verurteilung der Reihe des Reichsrichters des „München Beobachter“, v. Scheubner-Richter, waren die Offiziere (1), Stenographen, Mitglieder der nationalsozialistischen Sturmabteilungen erschienen. Am Ende sprach Rubenoff über die frühere Verurteilung. Durch den Fall des Reichsrichters sind die Dinge beim Reichsrichters Namen zu nennen und das bayerische Volk über die an dem verurteilten Verbrechen schuldigsten aufzuklären. Will sich die Reichsregierung dem vollenden lassen?

Es ist ein Skandal, der zum Skandal führt, daß die Rubenoff, Ehrhardt und Kommanden ihre Verbindlichkeiten weiter öffentlich kommunizieren können, ohne daß sich auch nur ein Finger rührt, um dieser Verurteilung das Handwerk zu legen. Inzwischen sieht die ganze sozialdemokratische Presse Bayern durch Verurteilung des Hochverräters nicht mehr verurteilt. Die einzige Verurteilung, die den Staat heute die Dinge beim Reichsrichters Namen zu nennen und das bayerische Volk über die an dem verurteilten Verbrechen schuldigsten aufzuklären. Will sich die Reichsregierung dem vollenden lassen?

Probans eines politischen Kampfbundes begraben lassen, das selbst den Reichsminister, den Chef der Zentralleitung und andere führende Persönlichkeiten in Berlin in der infamsten Weise verurteilt hat? Das Ausland, von dem wir nach jeder Richtung abhängig sind, laßt über die traurige Rolle, die eine Regierung der halb freiwilligen, halb unfreiwilligen Opfer macht spielt.

Rubenoff, Ehrhardt und die übrigen Schwerverurteilten Deutschlands dürfen täglich Godverrat gegen das Reich begehen, ohne daß ihnen ein Dinar gekümmert wird. Nach unseren bisherigen Erfahrungen ist sogar anzunehmen, daß dem Rubenoff sogar seine Offizierspension noch weitergezahlt wird. Der Reichsminister der Justiz muß doch geschlossen sein.

Wie gesagt, der Skandal schreit zum Himmel.

Um den Beamtenabbau.

Von Alex Müller (Halle).

Am Sonntag hat der Reichsminister Dr. Stresemann in Halle referiert, daß der Beamtenabbau in der schärfsten Weise erfolgen würde. Damit hat er das offen ausgesprochen, was ein großer Teil der deutschen Beamten, Angestellten und Beamten anderer noch glauben wollte. Die Öffentlichkeit vertritt zu dem, muß sie doch sagen, daß das Unannehmliche Wahrheit werden soll, daß die Regierung Stresemann's Lutter fastläufig rund 600 000 Beamte wegen einer Utopie arbeitslos zu machen beabsichtigt. „Es handelt sich um einen letzten Versuch, das deutsche Volk vor dem Untergang zu retten“ behauptete der Reichsfinanzminister allen Ernstes am 22. Oktober, als er die Utopie von Beamtenabbau predigte. Mit gemühten Gesültern muß man sich bei fragen, wie es im Reichsfinanzministerium aussieht, wenn der Chef nicht einmal weiß, daß durch den Beamtenabbau das Reich, da es Arbeitslosen mühen, Wartegebäude und Pensionen zu zahlen hat, kaum merklich und bestimmt nicht kurzfristig entlastet werden kann. Das ist die erste Woche, die ersten Monate der ersten Ausgaben in Erscheinung treten werden.

Worauf kommt es aber jetzt an? Auf dem einen ist es notwendig, die Reichsfinanzverwaltung vor dem Zusammenbruch gerettet werden, müßten die Ausgaben des Reiches aus ihrem Überschuss zu den Einnahmen heraus. Ein einfacherer Weg, den Reichsfinanzverwaltung zu retten, müßte sein, die Ausgaben zu kürzen, die Einnahmen zu erhöhen. Doch, rühret nicht daran! Das Barabepferd der Deutschen Volkspartei (Herr Dr. Stresemann) gehört dem leichten Scheitern seines Neiers (und Nationalisten des Reiches), und der will befehligen anders, als die deutsche Arbeiterschaft oft möchte. Endgültig ist für den Erfolg jeder Steuerreform bestimmt, wie die wirkliche Belastung des Volkes, zu der man auf zwei Wegen kommen muß. Zunächst bringen die empfindlichen Zustände in der Steuerabgabe zu einer großen Steuerreform. Wir brauchen keine fünfzigtausend werblichende Steuern, die sich deshalb in die schärfsten Berechnungsmethoden der Reichsfinanzverwaltung verzerren, weil es sich kaum der Mühe wert einzubringen verlohnt. Wir sind zufrieden mit vier oder fünf einfachen, klaren Steuern, die automatisch laufen und schließlich eine Abgabe an das Reich darstellen. Darum müssen sie die effektive Goldmark als Anknüpfungspunkt zu werden, um sich auf sie aufzubauen. Die freien Gewerbetreibenden haben sich vor einigen Wochen ein Steuerprogramm verabschiedet, das als die gegenwärtige Basis für eine Steuerreform bezeichnet werden kann. Aber ihm wird's genau zu gehen, wie unferer alten Forderung nach Erhaltung der Substanz. Es wird wie sie nicht über die Wanne die theoretischer Erörterung hinauskommen. Zumal nicht, daß die Schwärme deshalb in letzter Zeit des öfteren Anknüpfungspunkt belastet wurden, konnten sie nicht erfordern, was wir wissen. Die Sicherheit der Zinsen und Rückzahlung der Anleihe ist verlässig gewährleistet durch die Gelbmark der deutschen Arbeitervölker.

Vor einigen Tagen fragte mich ein Kollege in einer öffentlichen Versammlung, warum die Presse, die befehligen das Nationalgesetz in Grundriss genommen haben, nicht von ihrem Entkommen gegen Sozialisten ablassen und die Arbeitervölker, warum sie sich gegen die Sachverhalte aufhalten, wenn sie im Interesse der Arbeiterklasse, unteres Vaterland liegt? Ein noch höherer heilte dann die Frage: Warum sieht die Regierung hier teilweise so zu? Ich, der Neugierigen, die Reichsminister haben die Sachverhalte über die Ursache nachgedacht, daß das Volk bei vollen Steuern hintritt und daß durch den Beamtenabbau geschäftet und 25 Prozent aller Beamten „abgebaut“ werden muß. Die Personalabgabenverordnung ist tatsächlich ein Werkstück des ungewissen Empfindens geworden. Jeder Arbeiter, der diesen Stelle mit der niedrigsten Punkte des Abbauprogramms bekannt gegeben werden.

Was beabsichtigt die Regierung?

1. Einführung der Rangespensionierung mit Vollendung des 65. Lebensjahres.
2. Berechtigung der über 60 Jahre alten Beamten auf eigenen Antrag den Ruhestand ohne Nachweis der Dienstfähigkeit unter der Bedingung, daß ihr Ausbleiben im Interesse des Abbaues liegt und die oberste Reichsbehörde ihre Zustimmung erklärt.
3. Lebenslanglich angestellte Beamte sowie arbeitsplanmäßige oder auf Widerruf angestellte Beamte mit mehr als zehnjähriger zuteilgehobener Dienstzeit können unter Bewilligung eines Abbaugesetzes in den einmündigen Ruhestand übergeführt werden.
4. Pensionierungsbefähigte Beamte ohne Gewährung von Wartegebäude entlassen werden. Bei der Auswahl ist der Wert ihrer beruflichen Leistungen für die Verwaltung zu berücksichtigen. Für Schwerbeschädigte sollen besondere Abbaugesetze erlassen werden. Die Beamtenabbaugesetze sollen in der ersten Hälfte des Jahres 1924 in Kraft treten. Die Rubenoff, Ehrhardt

Nichts davon gewußt.

Der ehr- und wahrheitsliebende Ludendorff. • Material für den Oberdiszernant.

Der „Frankfurter Zeitung“ wird unterm 13. November aus München gebräut:

Obwohl Rubenoff heute in der Presse erklärt hatte, daß er sich in Unterdrückungshaft befinde, ist er am Laufe des Donnerstags noch nicht erschienen. Es scheint also bei einer seiner bekannten Geistes zu Weiden. (Richtig, Wortbruch und Ehrlosigkeit sind Dinge, die zusammengehören. — Ab. „Volksblatt“.)

Gegenüber der Behauptung, General Rubenoff habe am 9. November mittags, als der verdinglichste Einmarsch der Hitlerleute in die innere Stadt geschah, nichts davon gewußt, daß Reichsminister und Ludendorff gegen den Hitlerputsch kämpften, heißt das Behauptungsmando fast, daß Oberst Desjovits von der Infanteriebrigade morgens 5 Uhr persönlich Rubenoff und Hitler mitgeteilt habe, die 7. Division stehe nicht hinter der Hitlerunternehmung und werde nächstens mit Gewalt die Ordnung wiederherstellen. Hierzu seien auch Truppen herangezogen worden. Rubenoff und Hitler hätten Oberst Desjovits erwidert, daß General Löffow umgünstigen. Oberst Desjovits habe erwidert, daß er an eine Entschuldigungsverordnung nicht glaube und die Truppen tun würden, was ihr Führer befehle. Danach waren General Rubenoff und Hitler geneigt, daß die Fortsetzung ihres Rufes zum Zusammenstoß mit der beauftragten Macht führen müßte.

Daß General Rubenoff über den Putsch unterrichtet war und nicht, wie man jetzt zu betreiben sucht, durch Hitler überworfen worden ist, geht aus einer Szene hervor, über die der „Bayerische Kurier“ berichtet:

Am Donnerstagvormittag war eine gerichtliche Verhandlung in einer Angelegenheit, worin der Sid des Herrn General eine besondere Rolle spielte. (Es handelt sich um den bereits erwähnten Prozeß zwischen „Politikern“ und „Berlingische Abend“ über ein Interview Rubenoffs.) Die eine Partei wollte nachschmittags, da man womöglich nicht zu Ende kam, die Verhandlung fortsetzen. Rubenoff und sein Anwalt Desjovits erklärten, das sei unmöglich, weil Rubenoff am 4. Uhr eine

Wichtige Hinweise zur Wahl

Die Wahlberechtigten sind in den verschiedenen Wahlbezirken zu wählen.

Die Wahlberechtigten sind in den verschiedenen Wahlbezirken zu wählen. Die Wahlberechtigten sind in den verschiedenen Wahlbezirken zu wählen.

Neuer Oberreichsanwalt

Wann werden Ehrhardt, Rospach und Kahr verhaftet?

Unter dieser Überschrift schreibt der „Vorwärts“ in seiner Mittwoch-Ausgabe:

Der aus dem Reichsamt Untersuchungsamt in Potsdam ausgeschiedene Kapitän Ehrhardt wird vom Oberreichsanwalt als Hauptverdächtig angesehen. Demnach hat er sich in Potsdam aufhalten und sich dort verhalten, was nach dem Stand der Ermittlungen der Reichsanwaltschaft zu erwarten ist.

Französische Militärpolizeiabteilungen bei der Befehlungsarmee.

Paris, 15. November. (RFA.) Die Kammer ist ein Regierungsentwurf genehmigt, der die Bildung von Militärpolizeiabteilungen bei der Befehlungsarmee vorsieht und dafür einen Kredit von 800.000 Francs anfordert.

Das Wahlergebnis

Das Wahlergebnis soll erst im nächsten Monat bekannt werden. Die Wahlergebnisse werden erst im nächsten Monat bekannt werden.

Eine Bekanntmachung Seckts.

Berlin, 15. November. (RFA.) Eine Bekanntmachung des Reichsanwalts über die Verhaftung von Ehrhardt, Rospach und Kahr.

Polnische Repressalie.

München, 15. November. (RFA.) Die polnische Regierung hat die Verhaftung von Ehrhardt, Rospach und Kahr als Repressalie angesehen.

Die Wahlberechtigten

Die Wahlberechtigten sind in den verschiedenen Wahlbezirken zu wählen. Die Wahlberechtigten sind in den verschiedenen Wahlbezirken zu wählen.

Die Bekanntheit Seckts.

Berlin, 15. November. (RFA.) Die Bekanntheit von Seckts in der Öffentlichkeit.

Heute Beginn der Ausgabe von Rentenmark.

Der Reichsfinanzminister Dr. Lütjers hat die Ausgabe von Rentenmark heute begonnen.

Geht Gepler?

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst verbreitet vor einigen Tagen folgende Information: Reichsfinanzminister Dr. Gepler wird in den nächsten Tagen nach Berlin zurückkehren.

Wieder ein Zeuge gegen Poincaré.

Wilson klagt Poincaré an. Der frühere Präsident der Vereinigten Staaten, Woodrow Wilson, hat Poincaré wegen seiner Rolle im Ersten Weltkrieg angeklagt.

Wirtschaftspolitik. Noch ein Notgeld.

Berlin, 15. November. (RFA.) Die Ausgabe von Notgeld wird durch die Reichsregierung beschlossen.

Umrechnungs-Celle

1 Dollar US. = 1800 RT.	1 Doll.-Schablonenwert = 1800
1 Dollar-Goldmark = 420 Goldmark = 4200 Papiermark.	
1/2 = 210	1/2 = 210
1/4 = 105	1/4 = 105
1/8 = 52,5	1/8 = 52,5
1 Goldmark = 300 Papiermark.	

Aus der Gewerkechatsbewegung.

Die Gewerkechatsbewegung fordert die Einführung von Mindestlöhnen und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

Meerumschlungen.

Man soll sich nicht über die Meerumschlungen wundern, sondern sie als natürliche Vorgänge annehmen.

Wann werden Ehrhardt, Rospach und Kahr verhaftet?

Unter dieser Überschrift schreibt der „Vorwärts“ in seiner Mittwoch-Ausgabe: Die Verhaftung von Ehrhardt, Rospach und Kahr ist eine Repressalie.

Die Bekanntheit Seckts.

Berlin, 15. November. (RFA.) Die Bekanntheit von Seckts in der Öffentlichkeit.

Polnische Repressalie.

München, 15. November. (RFA.) Die polnische Regierung hat die Verhaftung von Ehrhardt, Rospach und Kahr als Repressalie angesehen.

Das Wahlergebnis

Das Wahlergebnis soll erst im nächsten Monat bekannt werden. Die Wahlergebnisse werden erst im nächsten Monat bekannt werden.

Eine Bekanntmachung Seckts.

Berlin, 15. November. (RFA.) Eine Bekanntmachung des Reichsanwalts über die Verhaftung von Ehrhardt, Rospach und Kahr.

Heute Beginn der Ausgabe von Rentenmark.

Der Reichsfinanzminister Dr. Lütjers hat die Ausgabe von Rentenmark heute begonnen.

Geht Gepler?

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst verbreitet vor einigen Tagen folgende Information: Reichsfinanzminister Dr. Gepler wird in den nächsten Tagen nach Berlin zurückkehren.

Wieder ein Zeuge gegen Poincaré.

Wilson klagt Poincaré an. Der frühere Präsident der Vereinigten Staaten, Woodrow Wilson, hat Poincaré wegen seiner Rolle im Ersten Weltkrieg angeklagt.

Wirtschaftspolitik. Noch ein Notgeld.

Berlin, 15. November. (RFA.) Die Ausgabe von Notgeld wird durch die Reichsregierung beschlossen.

Umrechnungs-Celle

1 Dollar US. = 1800 RT.	1 Doll.-Schablonenwert = 1800
1 Dollar-Goldmark = 420 Goldmark = 4200 Papiermark.	
1/2 = 210	1/2 = 210
1/4 = 105	1/4 = 105
1/8 = 52,5	1/8 = 52,5
1 Goldmark = 300 Papiermark.	

Aus der Gewerkechatsbewegung.

Die Gewerkechatsbewegung fordert die Einführung von Mindestlöhnen und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

Meerumschlungen.

Man soll sich nicht über die Meerumschlungen wundern, sondern sie als natürliche Vorgänge annehmen.

Wann werden Ehrhardt, Rospach und Kahr verhaftet?

Unter dieser Überschrift schreibt der „Vorwärts“ in seiner Mittwoch-Ausgabe: Die Verhaftung von Ehrhardt, Rospach und Kahr ist eine Repressalie.

Die Bekanntheit Seckts.

Berlin, 15. November. (RFA.) Die Bekanntheit von Seckts in der Öffentlichkeit.

Polnische Repressalie.

München, 15. November. (RFA.) Die polnische Regierung hat die Verhaftung von Ehrhardt, Rospach und Kahr als Repressalie angesehen.

Das Wahlergebnis

Das Wahlergebnis soll erst im nächsten Monat bekannt werden. Die Wahlergebnisse werden erst im nächsten Monat bekannt werden.

Eine Bekanntmachung Seckts.

Berlin, 15. November. (RFA.) Eine Bekanntmachung des Reichsanwalts über die Verhaftung von Ehrhardt, Rospach und Kahr.

Heute Beginn der Ausgabe von Rentenmark.

Der Reichsfinanzminister Dr. Lütjers hat die Ausgabe von Rentenmark heute begonnen.

Geht Gepler?

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst verbreitet vor einigen Tagen folgende Information: Reichsfinanzminister Dr. Gepler wird in den nächsten Tagen nach Berlin zurückkehren.

Wieder ein Zeuge gegen Poincaré.

Wilson klagt Poincaré an. Der frühere Präsident der Vereinigten Staaten, Woodrow Wilson, hat Poincaré wegen seiner Rolle im Ersten Weltkrieg angeklagt.

Wirtschaftspolitik. Noch ein Notgeld.

Berlin, 15. November. (RFA.) Die Ausgabe von Notgeld wird durch die Reichsregierung beschlossen.

